

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rößlestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Für den Frieden

Der Reichstag, der am 2. Dezember zu seiner ersten Winter- tagung zusammentrat, hat sich mit einer Reihe von wichtigen Fragen zu befassen, die man nach ihrer Art und Wichtigkeit in folgender Ordnung aufzählen kann: Die Friedensfrage, die Ernährungs- frage, die Frage der Kriegsgewinnbesteuerung.

Im deutschen Volke, das den Krieg nicht gewollt hat, ist nie- mand, der nicht heute lieber als morgen dem furchtbaren Ringen ein Ende gemacht sähe. Und gerade die sozialistische Arbeiter- schaft, die in der Stunde höchster Gefahr mit selbstverständlicher Ent- schlossenheit ihrem eigenen Lande die Treue gewahrt hat, würde ihrem Menschheitsideal untreu werden, wollte sie nicht alles tun, was in ihren Kräften steht, um den Frieden zu fördern. Schon in ihrer ersten Erklärung vom 4. August 1914 sagte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, daß sie den Friedensschluß wünsche, wenn das Ziel der Sicherung des Vaterlandes erreicht sei und wenn unsere Feinde zum Frieden geneigt wären. Man kann wohl der Meinung sein, daß militärisch das Ziel der Sicherung Deutschlands jetzt er- reicht sei: Tief in Feindeiland stehen unsere Armeen, die wie ein unerschütterlicher Wall von Eisen den Anprall feindlicher Mächte von den heimlichen Fluren abwehren. Mit der Friedensbereitschaft der Feinde verhält es sich allerdings anders. Während Deutschland von Anfang an, und das gilt für die verantwortliche Regierung sowohl wie für die ernst zu nehmenden Teile des Volkes, keine anderen Kriegsziele aufgestellt hat, als die Sicherung seines Fortbestandes und seiner Entwicklungsmöglichkeiten, während bei uns nur einige überspannte Imperialisten von weitreichenden Eroberungen träumen, haben sich die feindlichen Mächte an ausschweifenden Kriegsziele förmlich heraufgehoben. Es waren nicht irgend welche unverantwortliche Schwärmer, sondern die mit der Macht betrauten Regierungsorgane, die in Paris, in London, in Petersburg und in Rom unter dem jubelnden Beifall der Parlamente und der Völker (wenn man von ganz winzigen Ausnahmen abläßt) immer und immer wiederholt haben, der Krieg diene dem Zweck und müsse so lange fortgesetzt werden, bis Deutschland zerstückelt am Boden liege, bis die „Demokratie“ über die Hohenzollernherrschaft, die „Zivilisation“ über den preussischen Militarismus gestiegen habe. Die Auseinandersetzung mit derartigen Beutephantasien würde uns leichter fallen, wenn wenigstens die sozialistischen Parteien der mit uns im Krieg liegenden Mächte ebenso klar und bestimmt wie die deutsche Sozialdemokratie von Eroberungs- und Vernichtungsplänen abgerückt wäre. Aber daran war nie zu denken! Noch bis in die allerletzten Tage hinein haben wir immer und immer wieder aus dem Munde französischer, englischer und sogar russischer Sozialisten hören müssen, daß sie mit voller Be- geisterung diesen „Kulturkampf“ gegen Deutschland führen heßen. So oft von den ordnungsmäßig bestellten Führern der deutschen sozialdemokratischen Partei der Friedensruf über die Grenzen ge- schickt wurde, so oft löste er auf der Gegenseite das Echo neuer Drohungen und Beschimpfungen aus; und selbst die auf Sonder- zusammenkünften einer Minderheit ausgesprochenen Friedenswünsche haben nichts als schimpfliche Zurückweisung erfahren.

Das törichte und gefährliche Verhalten der Sozialisten anderer Länder konnte und durfte für die deutsche Sozialdemokratie kein billiger Vorwand sein, ihre eigene Pflicht zu vernachlässigen. Aber es mußte sie andererseits auch bei jedem Schritt zu erhöhter Wachsam- keit mahnen, damit nicht aus bester Absicht Schaden für unser Volk entstehe. Es ist nun einmal so, daß ungeachtet der günstigen mili- tärischen Lage Deutschlands in den Feindeländern die Hoffnung auf Sieg noch besteht und mit allen Mitteln aufrechterhalten wird. Hierigen Tages späht man in England und Frankreich nach jedem, auch dem geringsten Zeichen deutscher Schwäche, mit unerhörter Kunst baut man dort auch die kleinste Meinungsverschiedenheit, die sich bei uns bemerkbar macht, zu dem einzigen Zweck auf, die kriegerische Stimmung der eigenen Bevölkerung immer aufs neue anzufachen.

Darüber könnte man achselzuckend hinweggehen, wenn nicht diese hartnäckige Zähigkeit immer wieder neues Blut forderte. Gätten wir es jenseits der Schützengräben mit einer ebenso ruhigen, klar- sehenden, menschlich denkenden Bevölkerung zu tun, wie unser deutsches Volk ist, ständen an der Spitze der anderen sozialistischen Parteien ebenso verantwortungsbewusste Männer, wie wir sie zum Glück haben, dann könnten wir viel freier und offener der eigenen und fremden Friedenssehnsucht Worte verleihen. Aber so, wie die Dinge nun einmal liegen, will jedes Wort dreimal gewogen, jede Äußerung auf das sorgfältigste geprüft werden. Immerhin: es mußte der Versuch gemacht werden, der Welt, die sich in Schmerzen windet, die Botschaft zu bringen, daß Deutschland nicht aus Schwäche, sondern gerade aus dem Gefühl seiner militärischen und wirtschaft- lichen Überlegenheit heraus zu einem dauernden Frieden bereit ist. Diesem Wunsch entsprang die sozialdemokratische Interpellation, die am 9. Dezember verhandelt wurde. Ihr war eine große Rede des Reichstagsleiters vorausgegangen, in der er einen Überblick über die Weltlage zu geben sich bemühte. Wenn wir auch nicht jede Äußerung des verantwortlichen deutschen Staatsmannes unterschreiben möchten — es mag ja sein, daß die Politik der sozial- demokratischen Minderheit unseres Volkes, sondern die der nicht- sozialdemokratischen Mehrheit — so verhehlen wir doch nicht, daß sich seine Worte wohlwollend von den Reden der Asquith, Briand, Casanovi und Salandra abhoben. Er gab auch eine negative Umschreibung seiner eigenen Kriegsziele, indem er Eroberungspläne, wie jene anderen Minister sie geäußert hatten, für seine Person ab- lehnte. Daß er darin nicht noch weiter ging, mag man bedauern, man kann aber nicht verkennen, daß er mindestens von seinem Standpunkt aus dafür auch beachtenswerte Gründe anführte. Des allgemeinen Beifalls in unseren Reihen ist die Rede des Abgeordneten Scheidemann sicher, der mit kräftigeren Worten die Verbindungs- brücke zwischen unseren selbstverständlichen Pflichten als Deutscher und unseren innigen Friedenswünschen schlug.

Aus ähnlichem Verhalten der bürgerlichen Parteien und aus einem sehr bedauerlichen Versehen der Reichstagsleitung entstand bei Ge-

legenheit der Interpellation ein Zwist im Hause, den man jenseits unserer Grenzen vermutlich als den Anfang der heiß ersehnten Trennung der deutschen Sozialdemokratie von der im Geist der Vaterlands- verteidigung vereinten Masse des deutschen Volkes ansehen wird; damit wäre man aber einem neuen bösen Irrtum verfallen! Die Ausführungen des Abgeordneten Landsberg, der mit großem Geschick die erregten Wogen wieder glättete, lassen keinen Zweifel daran bestehen, daß die deutsche Sozialdemokratie zwar die Vergewaltigung fremder Völker nach wie vor entschieden ablehnt, aber auch der Verstümmelung des eigenen Vaterlandes entschlossenen Widerstand entgegensetzt wird.

Was die Ernährungsfragen anlangt, so herrscht überein- stimmung darüber, daß genug Nahrungsmittel im Lande vorhanden sind, namentlich nach der Eröffnung des Weges zum nahen Orient, um das Gespenst des Hungers zu verschrecken und die Hoffnung unserer Gegner auf eine Hungerkapitulation zu vereiteln. Aber ebenso allgemein ist die Überzeugung, daß die Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel noch sehr im argen liegt und mit unerträglichen Mißständen verknüpft ist. Es wird harter Arbeit bedürfen, um diese Mißstände zu überwinden und endlich dem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen, daß Wohlhabende auch jetzt noch leben können wie im Frieden, während Winderbegüterte schwer unter der Teuerung zu leiden haben, daß endlich gewissenlose Wucherer noch imstande sind, gerade jetzt Riesengewinne einzuharsten. Im übrigen eins: Das was wir jetzt dank der völkerrechtswidrigen Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt und dank dem unmenslichen Hungerkrieg, den England uns antündigt, zu leiden haben, entspricht gerade dem, was die Engländer für Zeit und Ewigkeit über uns verhängen möchten. Denn sie sind eifrig dabei, die Handelsbeziehungen Deutschlands zu zerstören und uns auf diese Weise um Jahrzehnte mühevoller, ge- duldig erarbeiteter Fortschritte zurückzuwerfen. Sie wollen ja, wie sie versichert haben, nötigenfalls jahrelang den Krieg zu diesem Ende fortsetzen und sind entschlossen, den letzten Franzosen und den letzten Russen ihren barbarischen Zwecken zu opfern.

Die Besteuerung der Kriegsgewinne ist ein so voll- ständiger Gebanke, daß nicht einmal die Kriegslieferanten und Spekulanten dagegen öffentlich aufzutreten wagen. Die Regierung will zunächst einmal durch ein Sperrgesetz die Gewinne von Aktien- gesellschaften und ähnlichen kapitalistischen Verbindungen zu einem Teil für eine spätere Steuer sicherstellen. Dieses Gesetz wird zweifellos alsbald in Kraft treten. Aber die Sozialdemokratie kann sich damit natürlich nicht begnügen. Sie fordert denn auch unter schärfster Zurück- weisung von allerhand dunklen Plänen, die Massenverbrauchsartikel demnachst schärfer heranzuziehen, eine Wiederholung des Wehr- beitrags und eine allgemeine Besteuerung des Vermögens und Einkommens. Der Gedanke stößt auf hartnäckigen Wider- stand, der durch die eigenartige Gestaltung der deutschen Steuer- gesetzgebung verstärkt wird; aber die Riesentaufen, die unserm Volke nach diesem Kriege drohen, werden so gewaltig drücken, daß man doch über kurz oder lang die sozialdemokratischen Vorschläge wird ver- wirklichen müssen.

Die Lohnverhältnisse der Kölner Metallarbeiter während des Krieges

(Fortsetzung.)

Um uns den Vorkurs zu eripieren, aus den Angaben von 2000 Per- sonen könnte man keine Schlüsse ziehen auf die Lohnverhältnisse der Kölner Metallarbeiter, veröffentlichten wir nachstehend auch einige Zusammenstellungen der drei Organisationen (Deutscher Metallarbeiter-Verband, Christlicher Metallarbeiter-Verband und Gewerksverein der Maschinenbau- und Metall- arbeiter, G.-D.). Der Christliche Metallarbeiter-Verband erfaßte 888 und der Gewerksverein 317 Personen. In fast allen Fällen stehen unsere Kollegen mit ihren Verdiensten an der Spitze.

Wie die Kriegsindustrie auf den Verdienst der Arbeiter eingewirkt hat, ersieht man in der ersten Übersicht beim Vergleich der einzelnen Berufe recht deutlich. An der geringen Steigerung der Löhne für die handwerksmäßigen Berufe kann man auch die Schwierigkeiten ermeßen, die einer Erhöhung der Tariflöhne in solchen Zeiten ent- gegenstehen, obwohl wir in unseren Tarifen nur Mindestlöhne festgelegt haben. Trotz der oft sehr schlechten Lage einzelner Hand- werksmeister wäre doch im allgemeinen ein größeres Entgegenkommen am Platze gewesen.

In den drei Organisationen hatten Durchschnittsverdienst die Stunde (in Pfennig):

Beruf	DMV	Ch.M.V.	H.D.G.
Schloffer	74,2	91,5	81,6
Friseur	65,6	86,1	83,2
Schmiede	69,9	84,8	95,7
Formner	51,5	66,6	70,0
Strom- u. Glühbirnen	59,3	85,0	86,0
Maschinen- u. Metallarbeiter	55,5	66,2	—
Proble- tiefer	—	—	65,0
Koch- u. Backwaren	—	—	46,6
Werkstätten- u. sonstige	—	—	—
Ungeleitete Arbeiter	—	—	—

Beruf	DMV	Ch.M.V.	H.D.G.
Schloffer	68,4	76,9	55,5
Friseur	49,5	67,0	60,0
Schmiede	37,1	58,0	29,0
Formner	44,1	42,0	—
Strom- u. Glühbirnen	52,3	47,2	14,3
Maschinen- u. Metallarbeiter	53,6	66,6	—
Proble- tiefer	—	—	—
Koch- u. Backwaren	—	—	—
Werkstätten- u. sonstige	—	—	—
Ungeleitete Arbeiter	—	—	—

Beruf	DMV	Ch.M.V.	H.D.G.
Schloffer	8,0	18,9	8,1
Friseur	8,9	28,8	6,0
Schmiede	6,7	11,1	28,0
Formner	5,2	10,4	5,0
Strom- u. Glühbirnen	4,0	17,0	3,0
Maschinen- u. Metallarbeiter	4,0	35,6	—
Proble- tiefer	—	—	—
Koch- u. Backwaren	—	—	—
Werkstätten- u. sonstige	—	—	—
Ungeleitete Arbeiter	—	—	—

Die zweite Übersicht zeigt die Anzahl der von den drei Organisationen erfaßten Personen in den verschiedensten Lohn- klassen. Das Bild wird durch die Zusammenfassung der drei Verbände noch schlechter, als es in unserer Erhebung war. Vergleicht man die Zahlen der einzelnen Organisationen mit den Durchschnitts- zahlen, so ergibt sich, daß wir bis zu 70 % Stundenverdienst unter dem Durchschnitt bleiben, dagegen bei den Stundenverdiensten über 70 % über dem Durchschnitt stehen.

Die in den drei Organisationen erfaßten Personen verteilen sich auf die verschiedenen Lohnklassen wie folgt:

Es verdienen:	Von allen Per- sonen in den drei Organisationen zusammen	Vom Hundert aller erfaßten Personen (Durchschnitt)	Vom Hundert in den einzelnen Organisationen DMV	Ch.M.V.	H.D.G.
bis 40 %	126	5,9	1,8	9,0	3,2
41 - 45 %	199	6,2	8,3	12,1	7,9
46 - 50 %	280	7,2	6,1	10,0	6,0
51 - 55 %	201	6,8	5,8	8,4	6,3
56 - 60 %	303	9,4	8,3	11,3	11,4
61 - 65 %	322	10,0	9,0	12,7	9,2
66 - 70 %	417	13,0	13,6	10,2	17,0
71 - 75 %	347	10,8	12,0	7,9	11,0
76 - 80 %	310	9,7	11,0	6,0	11,4
81 - 85 %	168	5,2	5,8	8,8	7,2
86 - 90 %	175	5,5	6,4	4,0	3,8
91 - 95 %	77	2,4	2,9	1,9	0,3
96 - 100 %	170	5,3	7,2	1,8	2,8
101 - 105 %	16	0,5	0,7	0,2	—
106 - 110 %	31	1,0	1,4	0,8	—
111 - 115 %	8	0,2	0,3	0,2	—
116 - 120 %	55	1,7	2,2	0,8	2,2
über 120 %	28	0,8	1,2	0,1	0,3
ohne Angabe	30	0,9	1,5	—	—

Die dritte Übersicht ist in Mindest-, Mittel-, Höchst- und ungewöhnliche Sätze eingeteilt. Es sind dieses Verdienste bis 60 % die Stunde, dann 61 bis 80 %, 81 bis 100 % und über 100 %.

Nach Calver betrug die Inbezugssätze für Rheinland, die den Kostenaufwand für die Ernährung einer Durchschnittsfamilie (Mann, Frau und drei Kinder) nach der dreifachen Normalration eines deutschen Marinesoldaten darstellt, im Juni 1915, wo die Erhebungen gemacht wurden, 37,87 M die Woche. Bedenkt man, daß dazu noch hohe Ausgaben für Miete, Steuern, Kleidung, Licht, Brand usw. kommen, so müßte ein Familienvater von drei Kindern schon 95 bis 100 % die Stunde verdienen, um so mit seiner Familie leben zu können, wie ein Marinesoldat.

Die Verdienste der Mitglieder in den drei Organisationen, ein- geteilt in Mindest- (bis zu 60 %), Mittel- (61 bis 80 %), Höchst- (81 bis 100 %) und ungewöhnliche Sätze (über 100 %) die Stunde:

Ver- dienste pro Stunde	Organ- isation	Sam- mel- betrag																		
bis zu 60 %	DMV	309	192	501	24,9	18,5	5,3	7,8	12,9	32,1	20,5	19,6	34,4	36,4	72,8					
	Ch.M.V.	241	204	448	50,2	42,0	22,7	17,5	16,6	30,5	43,0	41,2	71,8	61,2	97,3					
	H.D.G.	89	21	110	34,7	23,7	11,1	—	—	—	30,5	50,0	80,0	54,6	100					
61 bis 80 %	Zus.	642	417	1059	33,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					
	DMV	739	178	917	45,6	60,6	31,5	39,0	42,9	60,7	48,1	55,4	64,5	47,9	23,9					
	Ch.M.V.	283	62	345	37,2	50,4	35,3	43,5	44,6	39,8	51,5	58,8	28,2	31,9	2,7					
81 bis 100 %	H.D.G.	143	11	154	48,6	70,0	33,4	43,0	40,0	100	62,7	50,0	20,0	28,6	—					
	Zus.	1145	251	1396	43,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					
	DMV	339	59	398	22,3	17,8	45,2	41,5	28,6	4,8	29,8	21,4	—	10,9	3,5					
über 100 %	Ch.M.V.	78	19	97	11,0	7,2	36,4	39,0	22,0	20,7	5,5	—	—	6,9	—					
	H.D.G.	42	3	45	14,2	6,3	40,8	57,0	60,0	—	6,8	—	—	6,8	—					
	Zus.	509	81	590	18,4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					
ohne Ang.	DMV	94	21	115	5,7	1,4	17,7	6,5	12,8	—	1,6	3,6	—	1,7	—					
	Ch.M.V.	12	1	13	1,6	0,4	5,6	—	16,8	—	—	—	—	—	—					
	H.D.G.	5	3	8	2,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					
erfaßt	Zus.	111	25	136	4,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					
	DMV	25	5	30	1,5	1,7	0,3	5,2	2,8	2,4	—	—	—	1,1	3,1					
	Ch.M.V.	1556	455	2011	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					
auf	Ch.M.V.	597	280	877	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					
	H.D.G.	278	38	317	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					
	Zus.	2432	779	3211	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					

Im allgemeinen ist zu diesen Erhebungen noch zu sagen: ihr Ergebnis läßt die Lohnverhältnisse eher zu rasig als zu schlecht erscheinen, da es ja eine bekannte Tatsache ist, daß die organisierten Arbeiter durchschnittlich höhere Löhne haben als die Unorganisierten. (Schluß folgt.)

Beitragschmerzen

Manchmal hört man bei der Werbetätigkeit die Ausrede: „Ich möchte gerne Mitglied werden, aber der Beitrag ist mir zu hoch.“ Damit will man sagen: ich halte den Verband für nötig, aber ich habe nicht viel für ihn übrig. Diese Einwendung ist natürlich nichts anderes als eine Ausrede, denn als der Beitrag niedriger war, zum Beispiel 15 Cent oder nur ein Zehntel, dann wäre man gerne Mitglied geworden, wenn der Beitrag nur 5 Cent betragen hätte.

Wenn dies richtig wäre, dann hätte unser Verband früher, als der Beitrag wöchentlich nur 10 Cent betrug, viel stärker gewesen sein müssen. Aber gerade das Gegenteil trifft zu; in dem Maße, wie der Beitrag höher wurde und der Verband mehr leisten konnte, ist er gewachsen. Das geht aus den Zahlen hervor, die wir darüber an einer andern Stelle veröffentlichten.

Es kommt darauf an, wofür das Geld ausgegeben wird und was die Mitglieder davon zurückhalten. Wenn wir das Geld ausgeben wie beispielsweise die Föderation (ein syndikalistischer Zwerg- Metallarbeiterverband in den Niederlanden), 80 Prozent für Ent-

lohnungen, den Rest an das sogenannte Volksblatt und mithin nichts für die Mitglieder selber, dann sind auch 5 Cent noch zu viel.

Wir verteilen die Beiträge folgendermaßen: 20 Prozent für die Verwaltung der örtlichen Abteilungen, 20 Prozent für die Arbeitslosenversicherung, 20 Prozent an die Widerstandskasse, 20 Prozent für das Verbandsblatt und Werbetätigkeit usw. und höchstens 20 Prozent für Entlohnungen, wozu dann noch die Kosten der Verwaltung der verschiedenen Klassen einbezogen sind.

Wir sagen denn auch stets, und niemand kann das verkennen, daß in Wirklichkeit die Unternehmer den Beitrag bezahlen. Es hat sich stets gezeigt, daß, wo die Organisation etwas zu bedeuten hat, die Arbeitsverhältnisse besser sind als wo keine Organisation vorhanden ist.

Warum bezahlt ihr Wohnungsmiete? Weil ihr wohnen müßt. Warum bezahlt ihr Zölle und Steuern? Weil ihr sonst keine Lebensmittel erhalten könnt.

Warum bezahlt ihr Beiträge zu Krankenkassen, Sterbefällen usw.? Doch sicher darum, daß ihr es für notwendig haltet. Und könnt ihr das alles wohl bezahlen, jedoch den Beitrag an die Gewerkschaft nicht?

Kommt, ihr müßt es selber besser. Wir sagen freilich nicht, daß ihr den Beitrag leicht zahlen könnt, aber wir sagen, daß ihr ihn zahlen müßt, weil ihr sonst früher oder später nicht mehr in der Lage sein werdet, eure Bedürfnisse zu befriedigen.

Wo keine Rede mehr davon, daß er „nicht übrig ist“, er muß übrig sein. (Der Metallarbeiter, 1915, Nr. 29.)

Unser Verband in der 69. Kriegswoche

Das Ergebnis unserer Erhebung über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit in der 69. Kriegswoche wird in nachstehender Übersicht dargestellt. Von den Verwaltungstellen Berlin, Neustrelitz, Neustadt i. S., Verfa, Göttingen, Oranienburg, Schönebeck, Stendal, Tangermünde, Brause, Uetersen, Deynhaußen, Wörrich, Zweibrücken, Lindau sind hierzu, trotz wiederholter Mahnung, keine Berichte eingegangen.

Übersicht über die Zeit vom 21. bis 27. November 1915.

Verwaltungsstelle	berichtet	mitglieder haben	mitglieder abgang	mitglieder zuzugang	darvon aus dem Heeresdienst	darvon arbeitslos	ausgaben für arbeitslosenunterstützung		
1. 24	2	6051	79	38	5972	14	0,2	108	
2. 24	2	5338	206	176	5132	13	0,2	109	
3. 32	—	7507	62	32	7445	39	0,5	167	
4. 59	1	36541	608	379	35933	178	0,5	933	
5. 77	6	29147	516	418	28631	93	0,3	499	
6. 41	2	30144	541	190	29603	46	0,2	380	
7. 38	1	23535	278	190	23257	32	0,1	331	
8. 28	—	10820	230	178	10590	34	0,3	196	
9. 50	2	18694	319	226	18375	1066	5,8	922	
10. 41	1	20422	228	164	20194	267	1,3	1228	
11. 1	—	54039	307	307	53732	489	0,9	1500	
Zus.	419	15	242238	3374	2299	238864	2271	1,0	5773

Der Mitgliederstand betrug in den 419 berichtenden Verwaltungsstellen bei Beginn der Berichtswoche, einschließlich der während dieser Zeit Hingekommenen, 242238. Davon gingen in derselben Zeit 3374 ab, wovon allein 2299 wieder zum Heeresdienst einberufen wurden, während 460 abgereist und 615 ausgetreten oder gestorben sind.

Technische Rundschau

Neue Patente auf dem Gebiet der mechan. Metallbearbeitung.

Es ist bekannt, daß man Kurven irgend welcher Art in Werkstoffen erzeugen kann, wenn man das Werkstück nach einer Richtung bewegt und gleichzeitig dem Werkzeug eine hierzu senkrecht gerichtete, dem Entlangbewegungsrichtung des Werkzeuges entgegengesetzte Bewegung erteilt. Ferner ist es durch die nach dem Abwärtsverrichten arbeitenden Bohrmaschinen bekannt geworden, dem Werkstück viele Umwendungen zu erteilen, während das Werkzeug gleichzeitig, und im Verhältnis hierzu sehr langsam, nur einmal quer am Werkstück entlang geführt wird.

Eine andere Erfindung stellt eine Vorrichtung zum selbsttätigen Entwerfen von Nuten, umgebenen Werkstücken, besonders von Kupfen und Messing, mit ununterbrochener Schweiß- und über der Schweißschmelze liegenden Linien dar. (25133, E. Sauer in Schweißtechnik.)

Der Krankenstand beträgt in der Berichtswoche 3535 = 1,5 vom Hundert und hat gegen die Vorwoche, wo der Prozentsatz 1,4 betrug, um 0,1 Prozent zugenommen. An Krankenunterstützung wurden in der Berichtszeit in den berichtenden Verwaltungsstellen 10572 M. ausbezahlt.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Berichtswochen	berichtet	Verwaltungsstellen haben	berichtet	zum Heeresdienst eingezogen	aus dem Heeresdienst entlassen	arbeitslos	Sp. Prozent	Ausgaben für arbeitslosenunterstützung
1. August 1914	—	—	—	538814	13132	2,5	—	—
1.-4. vom 2. 8. bis 29. 8.	422	30	143848	377756	73895	19,6	1237091	
5.-8. = 30. 8. = 26. 9.	394	68	15991	351804	50431	14,3	1625079	
9.-13. = 27. 9. = 31. 10.	433	18	13468	348271	27727	7,9	1198669	
14.-17. = 1. 11. = 28. 11.	493	18	9350	338472	16793	4,9	454173	
18.-22. = 29. 11. = 2. 1. 15.	415	30	11091	323565	12753	3,9	295069	
23.-26. = 3. 1. = 30. 1. 15.	422	20	7117	316822	8318	2,6	153122	
27.-30. = 31. 1. = 27. 2. 15.	429	14	7818	312268	6581	2,1	106308	
31.-34. = 28. 2. = 27. 3. 15.	416	25	9013	303496	5200	1,7	75090	
35.-39. = 28. 3. = 1. 5. 15.	420	20	12003	291526	4693	1,6	79192	
40.-43. = 2. 5. = 29. 5. 15.	418	22	10119	283104	4028	1,4	47168	
44.-47. = 30. 5. = 26. 6. 15.	416	23	10306	271619	3728	1,4	45222	
48.-52. = 27. 6. = 31. 7. 15.	423	14	10510	264677	3414	1,3	51462	
53.-56. = 1. 8. = 28. 8. 15.	418	18	7952	258792	3464	1,3	41279	
57.-61. = 29. 8. = 2. 10. 15.	410	24	12040	251999	2997	1,2	44274	
62.-65. = 3. 10. = 30. 10. 15.	416	18	10541	245325	2377	1,0	29477	
66. = 31. 10. = 6. 11. 15.	417	17	2738	242972	2319	1,0	5926	
67. = 7. 11. = 13. 11. 15.	416	18	1736	241733	2322	1,0	5536	
68. = 14. 11. = 20. 11. 15.	417	17	1622	240376	2309	1,0	5660	
69. = 21. 11. = 27. 11. 15.	419	16	2299	238864	2271	1,0	5773	

Eine Zusammenfassung über Zu- und Abgang im Monat November, das heißt vom 31. Oktober bis 27. November hat folgendes ergeben: Der Zugang in dieser Zeit betrug in den berichtenden Verwaltungsstellen 5714. Er setzte sich zusammen aus 3426 Aufnahmen, 1008 Zugereisten und 1280 vom Militär Zurückgeführten.

Die Gesamtzahl der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder, soweit sie uns gemeldet wurden, betrug am Schlusse der Berichtswoche 238457. Es sind das 55,9 Prozent unseres Mitgliederstandes vor Kriegsausbruch.

Am Arbeitslosenunterstützung gelangten während der ganzen Kriegsdauer 5505561 M. zur Auszahlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 19. Dezember der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. Dezember 1915 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestiftet:

Der Verwaltungsstelle Breslau für alle männlichen erwachsenen Mitglieder 2 Extrabeiträge à 50 Pf. Diese Beiträge sind noch vor Weihnachten zu entrichten.

Der Verwaltungsstelle Chemnitz vom 1. Januar 1916 an für die I. Klasse 15 Pf. für die II. Klasse 10 Pf. und für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 Pf. die Woche.

Der Verwaltungsstelle Dessau vom 1. Januar 1916 an für die I. Klasse 20 Pf. für die II. Klasse 15 Pf. und für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 Pf. die Woche.

Der Verwaltungsstelle Freiberg i. Schl. vom 11. Dezember 1915 an für die I. und II. Klasse je 10 Pf. und für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 Pf. die Woche.

Der Verwaltungsstelle Fürstentum für sämtliche Klassen je 5 Pf. die Woche.

Der Verwaltungsstelle Quedlinburg vom 1. Januar 1916 an für sämtliche Klassen 10 Pf. die Woche.

Der Verwaltungsstelle Radeberg vom 1. Januar 1916 an für die I. und II. Klasse je 10 Pf. und für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 Pf. die Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung kassatorischer Rechte zur Folge.

unterschieden, der in einzelne Unterabschnitte zerfällt, der sich jedoch entgegen bekannten Ausführungen — nicht am Scheitelpunkt oder in deren sich anschließenden Kanälen, sondern eben auf der Seite selbst vollzieht. Dadurch sollen auch die sonst häufig auftretenden Verstopfungen sowie die damit verbundenen Störungen im Nachschub vermieden werden.

Es sind bereits Gewindeforschläge bekannt, bei denen die Schneidbohrer durch Gehel und einen Komus bewegt oder eingestellt werden. Die Schneidbohrer werden hierbei alle zugleich eingestellt und ausgedreht. Es sind ferner Gewindeforschläge mit mehreren, voneinander liegenden Schneidbohrern bekannt, bei denen die Einstellung durch Winge geschieht, die mit entsprechenden Querschnitten versehen sind.

Die bisher bekannt gewordenen Dampfmaschinenanordnungen sind demnach eingerichtet, daß beide Kolbenenden durch ein oder mehrere, miteinander gekoppelte Pleuelarme von Hand oder selbsttätig vom Pleuelarm bedingt werden. Dagegen zeigt eine Erfindung für Dampf- oder Pleuelarmmaschinen (25108, J. Vannoring in German) folgende Erfindungen: Die Erfindungen für die beiden Kolbenenden haben gemeinsamen Antrieb; die Pleuelarmverbindung wird zum Beispiel selbsttätig vom Pleuelarm, die Pleuelarmverbindung dagegen von Hand aus angeregt; die Pleuelarmverbindung ist zum Beispiel als Pleuelarmverbindung, die Pleuelarmverbindung aber als Pleuelarmverbindung ausgebildet.

Bei den üblichen Verfahren zur Schweißung von Kupfer benutzte man zur Vermeidung der Oxidation des Kupfers in der Regel Phosphor als Reduktionsmittel. Dieses wurde der Schweißbohrer entzogen durch Verwendung eines phosphorhaltigen Kupferdrähtes als Zusatzmaterial oder durch phosphorhaltiges Pulver zu-

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Chemnitz: Der Kesselschmied Karl Ulrich, geb. 10. März 1864 zu Blaue bei Föhna, Buch-Nr. 1.942697, wegen unkollegialen Verhalten.

Einzuziehen und an den Vorstand zu senden ist:

Buch-Nr. 2.318926, lautend auf den Schlosser Paul Feder geb. am 10. Februar 1897 zu Wriezen, übergetreten am 9. Mai 1915 in Wriezen.

Alle für den Vorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adiestraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Adiestraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungsstellen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben. Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 30. November 1915 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Altenburg 3000 M., Annaberg 100, Ansbach 100, Apolda 370, Artern 500, Aschaffenburg 400, Augsburg 2300, Augsburg 400, Bamberg 50, Barmen-Eberfeld 4000, Barth 150, Bausen 1200, Bergedorf 800, Berka 100, Bernburg 800, Bielefeld 7000, Bischofsroda 150, Bitterfeld 400, Blankenburg a. S. 450, Blankenburg i. Th. 160, Bochum 1000, Brandenburg 10000, Braunschweig 5000, Bremen 5000, Bremerhaven 5150, Breslau 433,50, Brunsbüttelhafen 200, Chemnitz 15000, Crimmitschau 500, Delmenhorst 200, Dippoldiswalde 150, Döbeln 600, Dresden 36000, Duisburg 600, Düren 140, Düsseldorf 16000, Eberstadt 230, Eilenburg 500, Eisenach 2500, Eisenberg 250, Eising 800, Eisterwerda 300, Erfurt 1600, Effen 9046,30, Finsterwalde 3500, Forst 600, Frankenberg 100, Frankfurt a. S. 800, Freiberg i. S. 600, Freiberg i. Th. 400, Freiberg i. Schl. 300, Freising 200, Friedrichshafen 600, Fürstentum 800, Geesthacht 300, Gellenschanz 500, Gießen 100, Goldbach 600, Götting 2400, Göttingen 400, Greiz 500, Grimma 100, Großsch. 350, Großsch. 700, Großsch. 200, Gröna 240, Grünberg 150, Guben 450, Gummerbach 200, Güstrow 300, Gadersteden 100, Gaimichen 100, Gall 150, Halle 3000, Hamburg 3000, Heide 100, Hennigsdorf 300, Hirschberg 200, Hirsch. 600, Hohenlimburg 100, Ingolstadt 650, Jauer 100, Jena 3000, Kaiserlautern 600, Karlsruhe 3000, Kassel 2200, Kiel 10000, Kolmar 250, Köln 10000, Köslin 200, Kottbus 300, Krefeld 800, Küstrin 100, Lauterberg 100, Leipzig 12000, Leisnig 200, Limbach 500, Ludwigshafen 2000, Lüneburg 200, Magdeburg 10000, Mainz 6000, Mannheim 10000, Markranstädt 350, Meissen 1500, Meisingen 50, Meuselwitz 600, Mittweida 500, Mustau 200, Neugersdorf 200, Neumarkt 100, Norden 50, Oberhausen 500, Oberndorf 400, Offenbach 20, Oßershausen 300, Opladen 400, Pegnitz 500, Peine 300, Penzig 100, Pforzheim 14000, Pflungstadt 150, Plauen 3000, Pries 1600, Quedlinburg 3000, Radeberg 800, Reichenbach 500, Reudersdorf 500, Riesa 200, Rößwein 300, Sangerhausen 400, Senftenberg 500, Singen 190, Solingen 5000, Sommera 400, Spremberg 100, Sulz 1800, Schmiedeburg 500, Schmolln 200, Schneidemühl 500, Schönebeck 800, Schweidnitz 500, Schyren 400, Stargard 25,05, Staßfurt 550, Stolp 100, Straßburg 4000, Stuttgart 11600, Tönning 600, Trierberg 200, Ulm 400, Varel 600, Wabert 162,60, Waltershausen 300, Weidau 650, Wernigerode 600, Wehlar 300, Wilhelmshaven 10000, Wismar 600, Wittzen 450, Wittzenberg 600, Wolfenbüttel 1100, Wolgast 150, Wurzen 700, Zeitz 600, Zittau 1100, Zossen 150, Zwickau 4500, Zwickauer 27,10.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einfender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. Der Vorstand.

Berichte

Dreher.

Berlin. Frauenarbeit im Dreherberuf. In einer am 5. Dezember abgehaltenen Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher machten mehrere Redner recht bemerkenswerte Ausführungen über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse. Zunächst wurde bemerkt, daß die für die Dreher in Frage kommenden Arbeiten in letzter Zeit erheblich nachgelassen haben. Über die Ursachen dieser Erscheinung sind die Ansichten verschieden. Infolge der fortgesetzten Einberufungen zum Heeresdienst kann die immer noch vorhandene Menge der Arbeit von den nicht militärpflichtigen Arbeitern allein nicht bewältigt werden. Die Unternehmer haben sich deshalb Ersatz verschafft hauptsächlich durch Einstellung weiblicher Arbeitskräfte. Die Frauenarbeit in der Dreherei hat einen Anfang angenommen, der alle Erwartungen übersteigt. Die Arbeiter haben deshalb

geführt, die während des Schneidens auf die betreffende Stelle aufgetragen wurden. Die hiermit erzielten Ergebnisse waren jedoch hinsichtlich der Beschaffenheit der Schneidstelle wenig befriedigend. Um nun eine bessere Wirkung zu erzielen, hat man neuerdings einen Zusatzphosphor in Anwendung gebracht, der außer Phosphor auch Zinn oder Zink in wechselnder prozentualer Zusammenfügung enthält. Aber auch auf diese Weise gewinnt man noch immer keine völlig einwandfreie Schneidstelle. Vielmehr ist diese meist spröde und brüchig, so daß sie sich schlecht bearbeiten läßt. Diesem Mangel will ein Verfahren zum Schweißen von Kupfer unter Verwendung eines phosphorhaltigen Kupferdrähtes als Zusatzmaterial (284840, E. Sauer in Düren) abhelfen. Hier soll nämlich als Zusatzmittel ein Kupferdräht Verwendung finden, der außer der für die Schweißung erforderlichen Menge Phosphor noch Silber in Mengen bis zu etwa 5 Prozent enthält. Die mit solchem Zusatz geschweißten Röhren sollen den Anforderungen besser entsprechen und sie sollen sich auch im Zustande der Erwärmung gut bearbeiten lassen. Dies Verfahren kann in funktionsmäßiger Weise auch zum Schweißen von Nickel verwendet werden.

Patentiert wurde ferner ein Verfahren zur Herstellung von Gusseisenstäben (284804, J. Lange in Lübeck). Dieses unterscheidet sich von den bekannten ähnlichen Herstellungsverfahren dadurch, daß eine mit Längsrillen für Stollen, Griffe oder dergleichen versehene flache Stabene geformt wird, von der dann die Gusseisenstäbe als Querschnitte abgeschnitten werden. Die so fertiggestellten Stäbe werden alsdann in bekannter Weise durch Wiegeln um eine Form in die Zuführungsbauweise gebracht, um schließlich mit Nüssen und Nüssen versehen zu werden. Es sind zwar Herstellungsverfahren bekannt, bei denen die Gusseisenstäbe durch Walzen erzeugt werden. Jedoch erfolgte dies bisher in der Weise, daß Stabeifen in der Längsrichtung mittels besonders geschnittener Walzen in die E-Form der Gusseisenstäbe umgewandelt wurden. Hierbei zeigte sich jedoch der Mangel, daß die Stollenansätze usw. stets nur in geringer Höhe ausgegossen werden konnten und daß auch keine genau rechtwinkligen Stäbe entstanden. Da ferner die ausgegossenen Ansätze leicht in den Aussparungen der Walzen hängen blieben, mußten an diesen Stellen der Walzen besondere Ausstoßvorrichtungen angebracht werden. Bei dem neuen Verfahren sollen diese Nachteile durch die Verwendung von zylinderförmigen Walzen mit glatten Ringen beseitigt werden. Mit diesen wird jene flache Stabene mit ihren Längsrillen ausgegossen, so daß sich besondere Ausstoßvorrichtungen erübrigen. Dabei können die Rippen an der Stabene ausreichend hoch und mit scharf rechtwinklig anliegenden Seitenflächen ausgegossen werden.

begründete Ursache, der immer noch steigenden Ausdehnung der Frauenarbeit die lebhafteste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Man darf nicht glauben, daß es sich hierbei um eine vorübergehende Erscheinung handelt, die nach Beendigung des Krieges wieder verschwinden wird. Die verbesserten maschinellen Einrichtungen begünstigen die Ausdehnung der Frauenarbeit in der Dreherei. Nicht nur an Revolver- und Automatenbänken, sondern auch — was man bisher nicht für möglich gehalten hatte — an Spinnbänken werden weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Sie leisten also die Arbeit gelehrter Dreher. In einem Großbetriebe ist diese Entwicklung schon so weit fortgeschritten, daß nur noch zum Umlernen der Frauen und zur Ausführung der genauesten Arbeiten einige Dreher beschäftigt werden, während der weitaus größte Teil der Dreherarbeiten von Frauen verrichtet wird. Selbst körperlich sehr schwere Arbeiten sind auf Frauen übergegangen. Als ein Beispiel dieser Art wurde angeführt, daß 80 Pfund schwere Granaten von Frauen auf die Drehbank gehoben und geschluppt werden und daß eine Frau täglich 36 dieser schweren Arbeitsstücke bearbeitet. Eine derartige Anspannung der weiblichen Arbeitskraft muß schon aus gesundheitlichen Rücksichten zu den größten Bedenken Anlaß geben, denn sie kann auf die Dauer nicht ohne schwere Schädigung der Gesundheit geleistet werden. Diese Gefahr liegt aber auch bei minder schweren Arbeiten vor, denn es ist keine Seltenheit, daß Arbeiterinnen in der Dreherei täglich 11 bis 12 Stunden beschäftigt werden. Auch an die Arbeiter wurde die Mahnung gerichtet, nicht durch fortgesetzte Überstundenarbeit — die immer noch in vielen Fällen die Regel bildet — ihre Arbeitskraft vorzeitig zu verpulvern. Da an Arbeiterinnen, die im Bedarfsfalle noch eingestellt werden können, kein Mangel herrscht, so liegt kein Grund zur Überstundenarbeit vor. Gegen die Frauenarbeit an sich soll natürlich weder jetzt noch später etwas unternommen werden. Gefordert wird aber, daß der Arbeitskraft der Frauen nicht mehr zugemutet wird, als sie leisten können, und daß sie nicht schlechter bezahlt werden als die mit den gleichen Arbeiten beschäftigten Männer. Aber gerade in dieser Hinsicht herrschen die bedenklichsten Zustände. Im allgemeinen erhalten die Frauen in der Dreherei nur die Hälfte von den Akkordlöhnen, die die Männer vor dem für die Arbeiten erhalten. Das ist der Punkt, dem die Arbeiter ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben. Hier gilt es, durch gewerkschaftliche Tätigkeit den Grundlaß zur Geltung zu bringen: Gleicher Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied des Geschlechts.

Samburg. In einer Versammlung der Gruppe Dreher und Maschinenbauer am 28. November sprach Kollege Richter über „Arbeitsnachweise“. Er schilderte die Entstehung der Arbeitsnachweise und die Kämpfe, die darum geführt worden sind, ferner die Maßnahmen, die während des Krieges auf dem Gebiet ergriffen wurden. — Zum Punkt „Leuerungszulage“ sprach Kollege Harber. Die dem Verband der Eisenindustrie angeschlossenen Unternehmer hätten im allgemeinen beschlossen, eine Leuerungszulage zu gewähren. Über Höhe und Form der Bezahlung sind keine Beschlüsse gefaßt worden. Diese Regelung unterliege dem freien Ermessen jedes einzelnen Unternehmers. Mit der Bezahlung hat man bereits begonnen. Wir hätten nun erwartet, daß unsere Kollegen uns Mitteilung davon gemacht hätten, wie weit die Unternehmer dieser ihrer grundsätzlichen Zustimmung nachgegeben sind, leider ist das nur in vereinzelten Fällen geschehen. Auch eine dahingehende Aufforderung der Ortsverwaltung hat bedauerlicherweise wenig Beachtung gefunden. Was aus den wenigen Betrieben gemeldet worden ist, befriedigt nicht. Die Zulagen bewegen sich in so bescheidenen Grenzen, daß sie eine Leuerungszulage kaum angesprochen werden können und bei der Arbeiterkraft sehr enttäuscht haben. In einigen Betrieben werden Unverheiratete sowie Verheiratete ohne Kinder von der Zulage gänzlich ausgeschlossen. In einigen anderen Betrieben werden nur die berufstätigen, die unter 40 M verdienen. Bis zu 2 und 3 Kindern werden 3 M, für jedes weitere Kind bis zu 5 Kindern je 1,50 M mehr bezahlt, so daß der Höchstbetrag für einen Familienvater mit 5 Kindern 24 M monatlich beträgt. Dieser Betrag soll in vier Teilen ausbezahlt werden, die letzte am Weihnachtsabend. Als besonderes Wohlwollen vermag die Arbeiterkraft diese Zulage nicht zu betrachten; ist sie doch in Anbetracht der guten Geschäftslage und der dadurch vielfach erzielten recht ansehnlichen Gewinne der Unternehmer gar zu mager ausgefallen. In der Aussprache richtete sich der Unwille besonders gegen einige recht bekannte Unternehmungen, die überhaupt abgelehnt haben, eine Zulage zu gewähren, die aber, wie man sagte, wohl in Kauf gewesen wären, den veränderten Wirtschaftsverhältnissen Rechnung zu tragen. Wenn eine Firma nachher ihren Standpunkt geändert und eine Zulage auf Kosten der von ihr gewährten Kriegszulage, die sie an Frauen ihrer im Felde stehenden Arbeiter zahlte, gewähren wollte, was die Arbeiter selbstverständlich zum Wohle der Kriegerefrauen ablehnten, mußte diese Zumutung doch recht sonderbar anmuten. Von R. wurde noch die Ausbeutung der Lehrlinge durch die Unternehmer einer scharfen Mißbilligung unterzogen. Nicht einmal Entschädigung gemäß man den Lehrlingen für die geforderte Mehrleistung. Jeder muß es als vornehmste Aufgabe betrachten, mit zu helfen, um Besserung herbeizuführen. Mit einem Hinweis, die Organisation auszubauen und zu stärken, da wir letzten Endes doch auf die eigene Kraft angewiesen sind, schloß der Vortragende die gut besuchte Versammlung.

Metallarbeiter.

Hannover-Verden. In einer Versammlung sämtlicher Vertrauensmänner sprach Kollege Bahlitzki über die Stellung der freien Gewerkschaften zur Kriegsschädigtenfürsorge. Die Fürsorge für die große Zahl der Unglücklichen, die in dem jetzigen Kriege ihre gesunden Glieder eingebüßt haben und nach der Heilung ihrer Wunden als Krüppel in das bürgerliche Leben zurückkehren, gehört sicherlich zu den dringendsten und schwierigsten Aufgaben, die der Krieg dem ganzen Volk zu lösen gibt. Da wird auch für die Gewerkschaften ein neues Tätigkeitsfeld erschlossen. Wie groß die Zahl der Kriegsinvaliden am Tage des Friedensschlusses sein wird, kann heute noch niemand berechnen. Nach Auffassung unterrichteter militärischer Kreise waren es am Schlusse des Jahres 1914 bereits 50000, die infolge der im Kriege erlittenen Verletzungen ihre volle Erwerbsfähigkeit nicht wieder erlangen werden. Seitdem hat jeder Tag neue Opfer gefordert und das Bild vergrößert sich gewaltig. Außerordentlich gesteigert ist auch die Zahl der inneren Erkrankungen, die sich unsere Krieger in den Unbilden der Witterung, im wochen- und monatelangen Stellungskrieg zugezogen haben. Die Fürsorge hierfür ist zu allererst natürlich eine Ehrenpflicht des Staates, für dessen Verteidigung der Soldat sein Leben eingesetzt hat. Als Ersatzmittel erhalten denn auch auf Grund des Militärpensionsgesetzes die infolge einer Dienstbeschädigung erwerbsunfähig gewordenen Militärpersonen eine Pension, die sich nach dem Dienstgrad des Verletzten und nach der Einbuße an Erwerbsfähigkeit richtet. Die Höhe der Renten muß im allgemeinen als völlig unzureichend angesehen werden. Eine angemessene Erhöhung ist auch bereits im April 1915 in der Budgetkommission des Reichstags beantragt und dabei verlangt worden, die Renten nicht nach dem Dienstgrad, sondern nach dem bisherigen Arbeitseinkommen und der sozialen Stellung des Kriegsinvaliden abzustufen. Die Regierung lehnte eine sofortige Revision der Gesetze während des Krieges zwar ab, erklärte aber, einer Berücksichtigung des Arbeitseinkommens bei der Versorgung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen neben den ihnen nach der geltenden Versorgungsengesetzgebung zustehenden Bezügen grundsätzlich zuzustimmen und einen diesen Gegenstand ordnenden Gesetzentwurf möglichst in der ersten Tagung des Reichstags nach Friedensschluß dem Reichstag vorzulegen. Die Reichsregierung erklärte sich auch bereit, Häften und Unzuträglichkeiten in bezug auf die Rentenhöhe auf Antrag der Beteiligten durch freiwillige Zuwendungen auszugleichen. Nach diesen Erklärungen der Regierung und einem einstimmigen Beschluß des Reichstags darf mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß eine Erhöhung der Renten erfolgt. Aber selbst dann bleibt die Entschädigung so gering, daß die Beschädigten, um ihr Leben zu fristen, darauf angewiesen sind, in irgendeiner Weise etwas hinzu zu verdienen. Dann müssen sie also so weit wie möglich wieder erwerbsfähig gemacht werden durch Anwendung der vollkommensten

ärztlichen und orthopädischen Kunst. Was auf diesem Gebiet geleistet werden kann, ist den Mitgliedern verschiedener Gewerkschaften in Lichtbildvorträgen im Gewerkschaftshause gezeigt worden. Zur Heilbehandlung in den Lazaretten, Kuranstalten, Heilwerkstätten usw. kommt die Berufsberatung und die Arbeitsvermittlung. In einer Mitteilung des Kriegsministeriums, die im März 1915 durch die Presse ging, heißt es u. a., daß es im sozialen und wirtschaftlichen Interesse warm zu begrüßen sei, wenn die Kriegsinvaliden durch Berufsberatungsstellen, Arbeitsnachweise usw. möglichst frühzeitig einer lohnbringenden Beschäftigung zugeführt würden. Der Segen der Arbeit werde sich bald in einer gesteigerten Lebensfreudigkeit und in dem Wiederverwachen des Vertrauens auf die eigene Kraft, in dem Bewußtsein zeigen, wieder ein nützlich Glied der Menschheit geworden zu sein. Anknüpfend seien aber bei einzelnen Invaliden Besorgnisse vorhanden, daß die Aufnahme lohnbringenden Erwerbes die Höhe der Rentenzahlung ungünstig beeinflussen könnte. Eine solche Besorgnis sei grundlos, und es wäre erwünscht, wenn alle beteiligten Stellen dieser Auffassung entgegenträten. Eine Anrechnung des Verdienstes auf die Versorgungsgebühren sei unzulässig. Bei der Wiedereinführung der Kriegsinvaliden in das Erwerbsleben, bei dem Umlernen, völligen Neuen und Umlernen erwächst der allgemeinen Kriegsfürsorge nun eine Aufgabe, die der Militärverwaltung und der Regierung von einer besonderen Fürsorgeorganisation abzunehmen ist, einer Organisation, in der Arbeiter und Unternehmer mit ihrer Kenntnis des gewerblichen Lebens mitwirken haben. Namens der Arbeiter haben die Gewerkschaften sich von allem Anfang an zu dieser Mitarbeit angeboten. Bahlitzki schilderte auch die Einsetzung der Landesbeiräte für Kriegsschädigtenfürsorge. In Hannover ist die Fürsorge auf provinzieller Grundlage gestellt mit dem Landesdirektorium an der Spitze. In dem Beirat sind auch die Gewerkschaften vertreten. Für die Stadt Hannover ist ein Ausschuss gebildet, in dem Vertreter der freigewerkschaftlichen Organisation mitwirken auf dem Gebiete der Berufsberatung und der Arbeitsvermittlung. Der Magistrat hat die vom Gewerkschaftskartell vorgeschlagenen Vertrauensmänner für die einzelnen Berufsgruppen in Industrie und Landwirtschaft anerkannt. Bemerkenwert ist die Mithilfe verschiedener Arbeitgeberverbände bei Einstellung von Kriegsschädigten in ihren Betrieben. Um den Unternehmern den Vorwand zu nehmen, durch die Einstellung von ungeschickten, noch nicht an die neue Arbeit gewöhnten Kriegskrüppeln könnte ihnen durch Verletzungen und Unfälle Schaden erwachsen, den sie tragen müßten, übernahm der Landesbeirat der Provinz Hannover die Kosten der Haftpflichtversicherung für die Kriegsschädigten. Die Gewerkschaften müssen aber in den Betrieben scharf darauf achten, daß bei Einstellung von Kriegsschädigten keine Lohnrückerei getrieben wird. Gegen eine solche Vereinerung auf Kosten von Kriegskrüppeln muß auf das schärfste Einspruch erhoben werden. Dagegen muß das Gesetz schützen. Eine solche Rentenansrechnung muß von jedem rechtlich und sittlich empfindenden Menschen in jeder Hinsicht als verwerflich angesehen werden. Die Rente soll nicht dem Unternehmernumtragtragprophie ermöglichen, sondern in vollem Umfange den Kriegsverletzten zugute kommen, die auf den Schlachtfeldern ihre gesunden Glieder eingebüßt haben. Für die Gewerkschaften erwächst daher, wenn die Arbeitermassen nach dem Kriege zurückfluten, die Pflicht, bei der Fürsorge nicht nur für ihre gesunden, sondern auch kranken und Kriegsschädigten Mitglieder darauf zu achten, daß die Arbeit gerecht und gleichwertig entlohnt wird. Kollege Frenste schilderte ebenfalls das Verwerfliche dieser Lohnrückerei und verlangte, daß der beschädigte Arbeiter grundsätzlich als ebenbürtig mit dem gesunden Kollegen behandelt werde. Der Wert und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation möge sich auch auf dem Gebiete der Kriegsschädigtenfürsorge zeigen. Die Kriegsschädigten seien eigentlich noch mehr als die übrigen Mitglieder des Schutzes der Organisation bedürftig. — Frenste unterbreitete dann der Versammlung einen Antrag der Ortsverwaltung, auch in diesem Jahre wieder den Angehörigen der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder eine Weihnachtsgeldunterstützung zu gewähren. Im vorigen Jahre seien aus dem Kriegshilfsfonds, der von den Mitgliedern der Ortsverwaltung gesammelt sei, über 21000 M gezahlt worden. In diesem Jahre werde sich die Summe wohl auf 30000 M oder ein paar tausend Mark mehr erhöhen. Es werde vorgeschlagen, jeder Frau oder Witwe eines Kriegers 10 M und jedem Kinde in der Kriegerfamilie 1 M zu gewähren. Die Unterstützung solle auch gewährt werden, wenn der zur Fahne einberufene Sohn der Ernährer der Familie gewesen sei. Der Antrag wurde nach einem Appell an die Opferfreudigkeit der Mitglieder einstimmig angenommen. Jede unterstützungsberechtigte Familie erhält noch eine Aufzählung, auf welchem Wege sie sich die Unterstützung abholen soll. Die Unterstützung wird, worauf besonders hingewiesen wurde, nicht aus Verbandsmitteln genommen. Die Mittel des Verbandes müßten für wichtige Aufgaben nach dem Kriege bereit bleiben. Es sei von den Kriegerfamilien dankbar begrüßt worden, daß für den Hilfsfonds so fleißig beigeheuert sei. Zum Schluß gelangte zur Abänderung des Ortsstatuts, die eine Folge des jedenfalls am 1. Januar 1916 erfolgenden Inkrafttretens des neuen Verbandsstatuts sein wird, ein Antrag zur Aufnahme, wonach der Beitrag in der neu geschaffenen zweiten Beitragsklasse auf 60 % (einschließlich 10 % Sozialzuschlag) festgesetzt wurde. Hervorzuheben ist, daß nur der Mitglied dieser neuen Beitragsklasse sein kann, der (dauernd) weniger als 24 M wöchentlich verdient.

Ludendorff. Der Ausbruch des Krieges im August 1914 verursachte in unserer Verwaltungskasse eine Arbeitslosigkeit, wie wohl an wenigen Orten Deutschlands. Der größte Teil der Mitglieder arbeitete in den hier bestehenden Bronzewarenfabriken. Da diese hauptsächlich ins Ausland lieferten, schlossen sie bei Kriegsausbruch sofort ihre Betriebe. Dasselbe taten die wenigen Maschinenfabriken und Gießereien. Nur wenige Vorarbeiter und Schloßer arbeiteten in den einzelnen Betrieben. In den Monaten August, September und Oktober 1914 zahlte die Verwaltungskasse mehr als 40000 M für Arbeitslosenunterstützung aus. Ende Oktober und anfangs November 1914 begann in allen Bronzewarenfabriken die Herstellung von Helmbeschlägen und sonstigem Heeresbedarf. Es wurde in Tag- und Nachtschicht sowie Sonntags gearbeitet. Selbst vor außerhalb wurden Arbeiter herangezogen und eine große Zahl Arbeiterinnen eingestellt. Auch der Verdienst bewegte sich auf annehmbarer Höhe. Leider fand diese Geschäftsbüchse bald ihr Ende. Im Januar 1915 stante das Geschäft für diese Heereslieferungen ab und trotz der vielen Einziehungen zum Militär herrschte wieder große Arbeitslosigkeit. Viele Mitglieder wurden ausgeheuert, andere suchten in anderen Betrieben und auswärts Arbeit. Zwar nahmen die Gießereien und Maschinenfabriken jetzt den Betrieb für Granaten und Granatenzünder auf, aber nur ein geringer Teil der Arbeitslosen fand hier Arbeit oder konnte in den fast durchweg gut beschäftigten Schraubenfabriken an Stelle der Eingezogenen unterkommen. So kam der Sommer heran und viele Kollegen suchten nun Arbeit am Bahnbau der Strecke Berlin-Halle oder in den Artillerieverkstätten des nahen Jüterbog. Auch in mittlerweile errichteten Federhelmfabriken fand eine Anzahl Kollegen Unterkunft. Das Geschäft in den Bronzewarenfabriken belebte sich erst Ende des Sommers. Da Messing beschlagene war, begannen diese Fabriken die Herstellung von Helmbeschlägen aus Eisen. Hierin herrschte noch jetzt eine ziemlich gute Beschäftigung, die wohl bis Anfang nächsten Jahres anhalten wird. Infolge Einziehung der männlichen Arbeitskräfte sind jetzt fast nur jugendliche und besonders weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. An diesen ist noch jetzt Überfluß; Ludendorff hat noch die größte Anzahl von Arbeitslosen im dritten Bezirk. Besonders liegt dies auch daran, daß viele Arbeitskräfte aus den großen Tuch- und Futfabriken, die zur Einschränkung ihrer Betriebe gezwungen sind, in Metallbetriebe übergetreten. Mangel herrscht nur an gelehrten Arbeitern, besonders Schloßern und Werkzeugschneidern. Soweit diese hier vorhanden, arbeiten sie aber meist in Groß-Berlin, wo ein bedeutend höherer Lohn erzielt wird als am Orte. Die Agitation unter den Arbeiterinnen und besonders unter den Kriegerefrauen ist eine äußerst schwierige, diese sind der Organisation wenig zugänglich. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß die bezahlten Akkordpreise für Helmbeschläge gegen voriges Jahr allgemein gesunken sind. Es wird meistens 25 Prozent, ja teilweise 50 Prozent weniger bezahlt als im vorigen

Jahre. Die Stundenlöhne bewegen sich für Arbeiter zwischen 40 und 60, teilweise bis 60 1/2; für Jugendliche zwischen 17 und 25 1/2 und für Frauen zwischen 25 und 30 1/2. In einzelnen Betrieben, wo noch ältere Kollegen beschäftigt sind, ist es zwar gelungen, eine kleine Erhöhung der Stundenlöhne und Regelung der Akkordpreise durchzuführen, auch wurden in einigen Granatendrehereien übermäßige Kürzungen der Akkordpreise abgewehrt. Eine Änderung der Verhältnisse ist leider vor Ende des Krieges kaum zu erwarten. Es fehlt der gewerkschaftliche Geist und die Einigkeit der Kollegen und Kolleginnen sowie überhaupt die Teilnahme am Verbandsleben. Die Ortsverwaltung hat alles versucht, um die Verhältnisse zu bessern. Während sie sich am Anfang des Krieges auf die ordnungsgemäße Führung der Verbandsgeschäfte und Auszahlung großer Unterstützungssummen beschränken mußte, wurden besonders seit dem Sommer dieses Jahres zur Befehung des Verbandslebens fast überall Fabrikversammlungen abgehalten. Leider waren diese wie auch die allgemeinen Versammlungen der Verwaltungskasse mit wenigen Ausnahmen schlecht besucht. Auch eine allgemeine Besprechung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Generalversammlung erregte nicht die wünschenswerte Teilnahme der Mitglieder. Mit der Unterbringung der Kriegsschädigten beschäftigte sich die Verwaltung auch in eingehender Weise. Dem Ausschuss für Kriegsschädigte der Provinz Brandenburg ist der Kollege W. Teuergarten als Berufsberater für Ludendorff benannt. Leider läßt der von den städtischen Behörden gemählte Ortsausschuss wenig von sich hören, er will anscheinend von der Hinzuziehung von Berufsberatern nichts wissen. Trotzdem muß allen in Betracht kommenden Kollegen geraten werden, sich vor der Annahme von Arbeitsstellen, die gewöhnlich durch den städtischen Arbeitsnachweis nachgewiesen werden, auf dem Verbandsbureau über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. — Die letzten Versammlungen wiesen erfreulicherweise einen etwas besseren Besuch auf. Kollege S. Scheffler (Berlin) hielt in der vorletzten Versammlung einen Vortrag über die Neugestaltung der Arbeitsnachweise und in der am 29. November abgehaltenen über die Einführung der Staffelbeiträge, was reger Aufmerksamkeit begegnete. In derselben Versammlung wurde noch beschlossen, den Frauen der im Felde stehenden Kollegen, die bis zum 30. November 1915 eingezogen sind, eine Weihnachtsgeldunterstützung in Höhe von 5 M aus örtlichen Mitteln zu zahlen. Zur teilweisen Deckung der benötigten Summe wird der bisherige monatliche Extrabeitrag von 10 1/2 für die Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1916 wöchentlich erhoben. Erhöht wurde auch eine anderweitige dauernde Regelung des Extrabeitrag. Nach dem Beschluß der Versammlung beträgt der Gesamtbeitrag für das erste Vierteljahr 1916 in dem dann bestehenden drei Klassen 40, 60 und 80 1/2 die Woche. Mögen alle Mitglieder gern und freudig es als ihre Pflicht anerkennen, den Angehörigen der im Felde befindlichen Kollegen eine kleine Weihnachtsgeldunterstützung zu bereiten und die kleine kurzfristige Erhöhung des Beitrags zahlen. Des Dankes der im Felde befindlichen Kollegen können sie gewiß sein. Noch mehr Dank aber wird sich jedes Mitglied erwerben, das nach Kräften mitwirkt, unsere Organisation auf der Höhe zu erhalten und weiter auszubilden. Es ist das auch zum Nutzen jedes einzelnen und der einst Zurückkommenden. Zwar können wir mit Freude feststellen, daß trotz der besonders ungünstigen Verhältnisse am Orte sich die Mitgliederzahl auf der Höhe gehalten hat. Trotz des Krieges und der 518 eingezogenen Kollegen ist die Mitgliederzahl nur von 1360 am 1. Juli 1914 auf 830 am 1. Dezember 1915 gesunken. Aber ein weites Arbeitsfeld liegt noch vor uns, besonders unter den jugendlichen und weiblichen Personen. Viele von den ins Feld Gezogenen werden leider nicht wiederkommen. Darum werfe jeder die Gleichgültigkeit von sich und helfe mit zur Ausbreitung der Organisation.

Rundschau

Leistungssteigerung in den Fabriken.

Der Krieg begünstigt das weitere Eindringen der Frau in die Industrie sehr stark. Die allgemein gefügige Arbeitskraft der Frau läßt aber eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen befürchten, nicht allein in der Lohnhöhe, sondern auch in manchen anderen Betriebsrichtungen. Schon jetzt ist in manchen Fabriken zu beobachten, daß heute noch viel mehr als vor dem Krieg auf die vollständige Ausnutzung der Arbeitskraft gesehen wird. Vorhandene Einrichtungen zur Nachprüfung werden erweitert, neue Aufsichtspersonen eingestellt und die Leistungsprüfung selbst wird in einer Weise gehandhabt, wie nie zuvor. Bei Krupp in Essen werden die Frauen, von denen dort gegenwärtig ungefähr 7000 beschäftigt sind, an glatte Arbeiten gestellt und auf ihre Leistungen derart geprüft, daß sie stellenweise mehr leisten als bisher männliche Personen. Das diese Arbeitsweise von den Frauen auf die Dauer mit gesundheitlichen Schädigungen bezahlt wird, unterliegt keinem Zweifel. Nach berühmten Mustern wird bei Krupp genau festgestellt, welche Zeit die Frauen zum Besuch des — Abort gebrauchten, die Aufsichterin geht den Frauen zu diesem Zweck bis in den Abort nach.

Den Gewerkschaften ist das Eindringen solcher Mißstände nicht unbekannt. Um aber auf gründliche Abklärung zu bringen, müßten die Arbeiterinnen sich den gewerkschaftlichen Verbänden anschließen. Bei einem Vorgehen gegen solche Mißstände müßten die Gewerkschaftsleitungen, gewissermaßen durch die organisierten Arbeiterinnen bevollmächtigt, sich eben auf die Wünsche und Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen des Betriebes stützen können.

Gewerbegerichtliches.

Aushändigung der Arbeitspapiere. Gegen die Klage eines Arbeiters, der Schadenersatz wegen verzögerter Aushändigung seiner Papiere forderte, wandte die beklagte Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik in Berlin ein: Der Kläger habe wissen müssen, daß das Bureau der Firma um 3 Uhr geschlossen wird und daß er deshalb, da er nach 3 Uhr aufhörte, die Papiere nicht sofort bei Lösung des Arbeitsverhältnisses bekommen konnte, sondern sie am folgenden Morgen holen mußte. Der Kläger sei demnach selbst schuld an dem ihm durch die verzögerte Aushändigung der Papiere entstandenen Schaden. Der Kläger behauptete, ihm sei nicht bekannt gewesen, daß das Bureau um 3 Uhr geschlossen wird, er habe also, wenn er später aufhörte, die sofortige Aushändigung seiner Papiere verlangen können. Die Kammer 5 des Gewerbegerichts stellte sich auf den Standpunkt: Wenn dem Kläger bekannt war, daß das Bureau um 3 Uhr geschlossen wird, dann hat er die Folgen davon zu tragen, daß er seine Papiere nicht sofort bekommt, wenn er nach 3 Uhr aufhört. Hat er das nicht gewünscht, dann kann er beim Aufhören nach 3 Uhr die sofortige Aushändigung der Papiere verlangen, und die Firma, welche in solchen Fällen die Papiere nicht sofort ausgehändigt hat, ist schadenersatzpflichtig. Daß dem Kläger bekannt war, daß das Bureau um 3 Uhr geschlossen wird, muß die Beklagte beweisen. Die Führung dieses Beweises sowie die Fällung eines Urteils erübrigte sich, weil sich die Parteien schließlich verglichen. (Vorwärts Nr. 253 vom 13. Oktober 1915.)

Granatendrehen ist keine Lehrlingsausbildung. Ein Dreherlehrling, der bei der Firma L. in Berlin seit Oktober vorigen Jahres ausschließlich Granaten geschluppt und geschlichtet hat, klagte beim Gewerbegericht auf Lösung des Lehrvertrages wegen mangelhafter Ausbildung. — Die Kammer 5 gab durch Urteil diesem Antrag statt, mit der Begründung, bei der angeführten Arbeit könne der Kläger nicht ordnungsgemäß als Dreher ausgebildet werden. Die Arbeit an Granaten würde auch von Arbeitsbüchsen geleistet. Die Gelegenheit, Dreherlehrlinge ordentlich auszubilden, sei jetzt überhaupt schwach, der Kläger werde wohl auch solche Gelegenheit nicht finden, aber er sei im Recht und könne nicht abgewiesen werden. (Vorwärts Nr. 311 vom 10. Nov. 1915.)

Tötung eines Heizers durch ausströmenden Dampf. sk. (Nachtr. verb.) Das Landgericht Eberfeld verurteilte am 21. Juni d. J. den Fabrikanten August vom Werk in Hemscheid wegen jahrlängiger Tötung zu drei Tagen Gefängnis. Am 18. Februar d. J. ist in Hemscheid in der Werkzeugfabrik von Kotthaus-

Bruch der Heizer Langel, als er einen Dampffessel speisen wollte, nach ausströmendem Dampf verbrüht und getötet worden. Er hatte den Durchlaßöffnung tragenden Gahnel, das Rükfen, verstellt und mit dem Vierkant den Durchlaß geschlossen. Als nun der Dampf in den Kessel geflossen war, brach plötzlich der Vierkant infolge des auf ihn lastenden Dampfdruckes von 9 Atmosphären aus dem Gahnel heraus und das Rükfen war geschleudert. Der Ausbruch des Vierkants war nicht auf unsachgemäße Befestigung oder vorchriftswidrige Handhabung durch L., sondern darauf zurückzuführen, daß die Metallwand, die das Rükfen mit dem Kessel verbindet, nur einen Millimeter stark war und deshalb den Druck nicht auszuhalten vermochte. Das Rükfen war von der Metallgießerei August vom Werth in Hemsheid auf Bestellung geliefert worden. Als technischer Leiter war H. v. B., unter dessen Aufsicht das Rükfen angefertigt wurde, für die ordnungsmäßige Befestigung desselben verantwortlich, besonders dafür, daß die Rükfen nicht zu breit ausgebohrt wurden, vielmehr einen Wanddurchmesser von 10 Millimeter erhielten, damit durch den Dampfdruck das Vierkant nicht ausgebrochen werden konnte. Wie die Strafammer feststellte, wußte v. B., daß ein zur Dampfableitung bei einem Dampffessel verwendetes Gahnel eine größere Stärke haben muß als die Bruchstelle aufweisend und daß eine Wandstärke von nur einem Millimeter die Gefahr barg, daß das Vierkant herausbrach und die den Kessel bedienenden Personen getötet werden konnten. Der Angeklagte rechnete zum mindesten mit der Möglichkeit der Verwendung der neuen Rükfen zur Dampfableitung am Dampffessel der Firma K. Trotzdem ist das Rükfen viel zu weit ausgebohrt und abgeliefert worden, weil der Angeklagte es pflichtwidrig unterließ, die Ausbohrung und den Durchmesser zu untersuchen oder untersuchen zu lassen, was leicht hätte bemerkt werden können. Dann wäre das Rükfen nicht in der ungenügenden Verfassung abgeliefert und der Unfall vermieden worden. Der Angeklagte hat also den Tod des Heizers fahrlässigerweise herbeigeführt, weil er es an der erforderlichen Sorgfalt und Überlegung fehlen ließ. Er hat eingewandt, der Bruch sei infolge nachträglicher unsachgemäßer Behandlung des Rükfens oder durch Verschleiß verursacht. Beides trifft nicht zu, letzteres schon deshalb nicht, weil der Unfall schon kurze Zeit nach Ingebrauchnahme des Rükfens eintrat. Der Angeklagte kann sich auch nicht darauf berufen, daß das Rükfen ebenso eingerichtet gewesen sei, wie das alte, sicherlich hätte dieses den Mangel des neuen nicht, sonst würde es den Dampfdruck nicht jahrelang ausgehalten haben. Wenn der Angeklagte weiter angibt, er habe nicht gemerkt, daß das Rükfen bei der Dampfableitung benutzt werden sollte; als die Befestigung aufgegeben wurde, habe man ihm nichts davon gesagt, so ist auch das verfehlt, denn es war seine Pflicht, sich nach dem Verwendungszweck zu erkundigen. Soviel Sachkenntnis besaß er aber unter allen Umständen, daß er mit der Möglichkeit einer solchen Verwendung rechnen mußte. Die Verurteilung mußte auf Grund des § 222 des StGB. Verurteilung des Todes eines Menschen durch Fahrlässigkeit erfolgen. — Gegen seine Verurteilung legte v. B. Revision beim Reichsgericht ein, die jedoch am 20. November 1915 vom 5. Strafsenat des höchsten Gerichtshofes als unbegründet verworfen wurde. (Mitteilungszeichen 5 D. 395/15.)

Vom Ausland

Schweiz.

Die Metallindustrie in der Kriegszeit. Der soeben für 1914 — also etwas verspätet — erschiene Jahresbericht des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (Sitz Zürich) enthält außer den besonderen Darstellungen der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz auch bemerkenswerte Mitteilungen allgemeiner Natur. Es wird auch die Geschäftslage der Eisen- und Metallindustrie zum Teil im allgemeinen geschildert. In bezug auf die Röhrenherstellung wird gesagt, daß sie unter dem Einfluß des Krieges in allen vom Krieg betroffenen Ländern einen starken Rückgang erlitt. Aus dem Bericht über die schweizerische Metallwarenindustrie entnehmen wir, daß sie in der ersten Hälfte des Jahres 1914 für gewisse Waren befriedigend beschäftigt war. Vom August an währte der Krieg fast allgemein lähmend auf das Geschäft. In den Beziehungen zur Arbeiterschaft traten keine Störungen ein. Nach Präzisions- und anderen Werkzeugen bestand eine lebhaft nachgefragte, die indessen nach Ausbruch des Krieges zeitweilig etwas ins Stocken kam. Guten Absatz fanden Keilzeuge, die hauptsächlich in Aarau erzeugt werden. Bei rascheren Eisernen wurde der Absatz wohl größer gewesen sein, allein der Mangel an Arbeitern verlangsamte die Herstellung. Abgesehen hätten sich die Harnerer Keilzeuge einigermaßen überlebt, meint der Bericht des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, was die hiesigen Unternehmer selbst zugaben. Es sei aber schwierig, mit einer seit Jahrzehnten mit dem Betrieb verwichenen Arbeiterschaft in kurzer Zeit ein neues Erzeugnis herauszubekommen. Immerhin seien Versuche, eine befriedigende Lösung zu finden, im Gange.

Alle Metallgewerbe, die mit dem Bauwesen zusammenhängen, litten empfindlich unter der Wirtschaftskrise und dem Krieg. Verschiedene Zweige der Maschinenindustrie, so namentlich die Automobilindustrie, erlitten durch den Krieg eine geschäftliche Neubelebung.

Zu den „Arbeiterverhältnissen“ im eigentlichen Sinne wird nach dem Bericht des Arbeitgeberverbandes schweizerischer Maschinenindustrieller bemerkt, daß noch kein Jahr so wenig „Arbeiterbewegungen“ gedrückt hat wie 1914. „Betreifend die Gewerkschaften der Kriegszeit“ ist der Bericht der Gewerkschaften nach dieser Richtung zur Unmöglichkeit verurteilt. „Aber auch im ersten Halbjahr kamen nur wenige Differenzen mit Arbeitern oder deren Organisationen vor. Nur in einem Fall kam es zum Streik mit einem Anfall von 3566 Arbeitstagen.“

Die schweizerischen Gewerkschaften werden in der kommenden Friedenszeit viel von dem, was sie während so langer Zeit unfruchtbar versäumen müssen, wieder einzubringen haben.

Dänemark.

Ueber die Tätigkeit der Zentralorganisation der Metallarbeiter in Dänemark (einer losen Verbindung der Verbände der Elektriker, der Formler, der Gürtler und Metallarbeiter, der Metallhändler, der Schleifer und der Schmiede und Maschinenbauer) macht unser dänisches Brudersblatt Jaern og Metallarbejdere in seinem Heften vom Juli bis zum September Mitteilungen, denen wir folgendes entnehmen:

Die Zentralorganisation trat am 1. Juli 1912 in Kraft, nachdem in der vorhergehenden Versammlung längere Erörterungen geführt und entsprechende Beschlüsse gefaßt worden waren. Die Verbände der Elektriker, der Gürtler und der Metallhändler sind erst nach der Gründung beigetreten. Die sechs Verbände, die ihr Engagement, hatten am 31. März 1915 17 409 Mitglieder. Eine der wichtigsten Folgen des Zusammenwachses war die Abschaffung der eigenen Betriebsräte und die Errichtung einer gemeinsamen Zeitungsredaktion, die seit November 1914 erscheint. Die Zeitung der Zentralorganisation wies mit dem Abschluß eines Vertrages für die Schleifer. Ihre Gesamteinnahmen betragen nur 11225 Kronen.

In einem Elektrikerverband herrschte verhältnismäßig großes Unwohlsein. Für drei Verbände in Kopenhagen und Länje wurden Verträge mit Einigungsanschlüssen abgeschlossen. Es wurden 19 Einigungsanschlüsse beantragt, von denen 13 erledigt wurden, vier wurden an den Zentralausschuß verwiesen, eine erledigte sich unter der Hand und eine wurde in einer weiteren Zusammenkunft abgeschlossen. Im September 1914 gab es 6 Arbeitsverhältnisse, davon zwei ohne Beteiligung des Verbandes. Drei hatten Erfolg und eine wurde in neuen Geschäftsjahre abgeschlossen. Bisher sind 12 Verträge in Kraft. Alle gelten bis zum 1. Januar 1916. Der Verband hatte im Jahre 1904 120 Mitglieder. Diese Zahl war bei Beginn des Jahres 1915 auf 1407 gestiegen.

Der Formerverband hatte am Ende des vorigen Jahres 140 Mitglieder, 5 weniger als bei Beginn. Der Verband erlitt diesen Verlust aus dem Grund, daß die Arbeiter für den Verband nicht mehr so viel Interesse hatten, wie früher. Ungerade in den Formerverband hineinzuziehen. Der Verband hat eine starke Bewegung um Arbeitsver-

erhöhungen geführt. In den 14 Betrieben, die der Vorstandsbericht anführt, wurden 93 bis 50 Hundertstel Erhöhungen erreicht. In weiteren 32 Betrieben erhielten 220 Mitglieder im Durchschnitt je 2,2 Oere Stundenlohnserhöhung. Im November 1914 arbeiteten 835 Formler in Afford mit einem Durchschnittslohn von 66,1 Oere; nur Zeitlohn hatten 237 und verdienten 58,6 Oere; 757, bei denen überhaupt kein Stundenlohn festgesetzt war, verdienten 45,3 Oere und 1072 arbeiteten teils in Afford, teils in Zeitlohn und verdienten 64,4 Oere. Der Bericht führt auch noch Lohnangaben vom März 1914 an. Diese sind sämtlich niedriger, jedoch ist auch die regelmäßige Arbeitszeit von 57 auf 54 Stunden herabgesetzt worden. Immerhin war die Arbeitszeit schon weiter vergrößert, hauptsächlich in der ersten Zeit des europäischen Krieges. Der Vorstand hat während der Kriegszeit dreimal Erhebungen über die Arbeitszeit vorgenommen. Am 14. September betrug sie im Durchschnitt 48 1/2 Stunden wöchentlich, am 24. Oktober 53 1/2 Stunden. Die regelmäßige Arbeitszeit sollte 57 Stunden betragen. Am 23. Januar, wo sie 54 Stunden betragen sollte, waren es nur 51 1/2 Stunden. Der Einigungsanschuß trat 22mal zusammen und behandelte 59 Sachen, der Jehnnummerschuß jedoch 31mal, wo 31 Sachen zu behandeln waren, davon fünf vom vorigen Jahre. Es kamen vier Arbeitsverhältnisse vor, davon zwei auf Veranlassung der Zentralorganisation. Fortgesetzt wurde ein Streik. Der Verband hat elf Verträge in Kraft, außer den von der Zentralorganisation abgeschlossen.

Der Gürtler- und Metallarbeiter-Verband berichtigt für drei Jahre; er hat aber trotzdem nicht viel zu berichten. Während der ganzen Zeit waren nur zwei Einigungsverhandlungen nötig und eine Zusammenkunft des Jehnnummerschußes. Eine von den Kopenhagener Mitgliedern errichtete Hilfskasse wurde für die Mitglieder im ganzen Lande erweitert, ein von den Kopenhagenern aufgekaufter Baugrundstück von 6000 Kronen jedoch aufgehoben und an die Mitglieder verteilt. Der Verband hat sechs Abteilungen. In diesen befanden sich 1913 360 Mitglieder, diese Zahl stieg im laufenden Jahre auf 393. Der Zeitlohn der Mitglieder betrug 1910 in Kopenhagen durchschnittlich 45 Oere für Arbeiter in Werkstätten, 50,8 in Gießereien, im Lande 42,5 und 45,7 Oere. Der Arbeiterlohn betrug in Kopenhagen 64,2 Oere in Werkstätten, 63,5 in Gießereien, im Lande 58,1 und 59,1 Oere. Der Zeitlohn war 1914 in Kopenhagen für Arbeiter in Werkstätten gestiegen auf 49,8 Oere, in Gießereien auf 55,4, im Lande auf 48 und 54,1 Oere. Angaben über den Affordberdienst wurden nicht mitgeteilt.

Der Metallarbeiterverband konnte im vorigen Jahre seine Mitgliederzahl von 84 auf 91 erhöhen. Auffallend ist bei diesem geringen Mitgliederstand der große Briefwechsel. Der Vorsitzende versandte 663 Briefe und der Kassierer 575. Einigungsverhandlungen mußten viermal stattfinden. Der Verband hat 27 Verträge in Kraft, ebenfalls eine verhältnismäßig große Zahl. Der Durchschnittslohn von 83 Mitgliedern betrug 51 Oere, der niedrigste Lohnsatz war 40, der höchste 80 Oere.

Der Schleiferverband ist der zweitkleinste von den angeführten Verbänden, was zum Teil daher kommt, daß ein Teil der Berufsgenossen im Maschinenbau beschäftigt ist und Arbeiten verrichtet, die ihnen den Anschluß an den größeren Schmiede- und Maschinenbauverband zweckmäßiger erscheinen lassen. Ein am Ende des Jahres 1913 abgeschlossener Vertrag sichert Schleifern unter 18 Jahren 36 Oere Stundenlohn, der in den folgenden drei Jahren auf 38 Oere steigt. Die Arbeitszeit wurde in den acht Sommermonaten um eine halbe Stunde vergrößert, in den vier Wintermonaten um eine Stunde. Durch den Vertrag wurde im Lande der Stundenlohn um 20 Hundertstel erhöht (Dort müssen die Löhne sehr niedrig gewesen sein). Ferner wurde in einem Teil der Betriebe Affordarbeit eingeführt. Es fanden zwei Streiks statt. Der Verband hatte zwei Verbandsräte, davon einen außerordentlichen während der Kriegszeit, wo beschlossen wurde, an ausgetretene Mitglieder 6 Kronen Sonderunterstützung zu zahlen.

Der Bericht des Schmiede- und Maschinenbauerverbandes umfaßt die fünf Vierteljahre vom 1. Januar 1914 bis zum 31. März 1915. In dieser Zeit stellte er für 3630 Kollegen Lohnforderungen, die für 2371 Erfolg hatten. Nach den Feststellungen des Verbandes über den Lohn erhielten 2544 Kollegen in 33 Betrieben in Kopenhagen und 61 Betrieben im Lande eine durchschnittliche Stundenlohnserhöhung von 2,9 Oere, wodurch der Durchschnittslohn auf 44,6 Oere stieg. Soweit der Vorstand Angaben über das erste Vierteljahr 1915 veröffentlicht, ist ein Rückgang auf 43,5 Oere eingetreten. Diese Angaben erstrecken sich aber nur auf 1086 Kollegen, von denen reichlich 600 in den Staatsbahnwerkstätten beschäftigt sind, wo die Löhne niedriger sind als in den übrigen Betrieben. Der Schlichtungsausschuß hatte sich in 56 Sitzungen (1913 50) mit 86 Sachen (69) zu befassen. In 65 Fällen (54) kam es zum Vergleich, die übrigen wurden zum größten Teil vom Jehnnummerschuß erledigt. Bis zum Abschluß des Berichtes am 31. März 1915 hatte der Verband 76 verschiedene Verträge mit Unternehmern in Kraft, die nicht dem Unternehmerverband (Jaern og Metallindustriens Sammenslutning) angehören. Wenn nun nach der Zeit mit diesem zustande kommt, so werden sämtliche Schmiede- und Maschinenbauer unter vertraglich geregelten Bedingungen arbeiten. Es fanden 19 Arbeitsverhältnisse statt, davon acht in Betrieben, die dem Unternehmerverband angehören. Diese gelten bisher als jahresübergreifend, entweder von den Arbeitern oder den Unternehmern. Die übrigen 11 waren kurz und wenig umfangreich, jedoch hat keiner von ihnen seine Wirkung verfehlt. Die vom Verband verhandelt 15 Sperren haben dagegen nicht alle ihren Zweck erfüllt. Die Mitgliederzahl betrug am 31. März 13 877.

Der Bericht schließt mit einer Uebersicht über die internationalen Verbindungen der Metallarbeiter und mit einem Hinweis auf deren Wichtigkeit nach wie vor.

Niederlande.

Im Oktober erließ die Regierung ein Verbot für Ingenieure und Arbeiter, die für die Anfertigung von Munition, Werkzeugen und für den Schiffbau in Betracht kommen, ohne Erlaubnis des Kriegswartens das Land zu verlassen. Veranlaßt war es durch die Abreise vieler Metallarbeiter nach England, wo ihnen hohe Löhne geboten worden waren. Unser niederländisches Brudersblatt wandte sich in seiner Nr. 36 vom 23. Oktober mit sehr scharfen Worten gegen diese Maßnahme. Diese sei von der Regierung nicht aus eigenem Antrieb getroffen worden, sondern auf Veranlassung der Unternehmer und es handle sich nicht, wie vorgegeben, um Zweck der Landesverteidigung, sondern darum, die Unternehmer davor zu schützen, daß sie einen Teil von ihrem großen Gewinn in Form höherer Löhne an die Arbeiter abgeben müßten. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes setzte sich mit der sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Kammer in Verbindung, damit die Sache dort zur Sprache kam. Auch wandten die Vorstandsmitglieder Deffers und Deeg sich an den Kriegsminister. Dieser sagte zunächst zu, daß solche Metallarbeiter, die schon vor Erlass des Verbots Verträge nach England abgeschlossen hatten, Erlaubnis zur Abreise erhalten könnten. Weiter konnte er nicht gehen, obgleich er erklärte, daß es den Arbeitern schade. Dies sei aber auch der Fall bei denen, die zum Meer eingezogen würden. Auf die Frage, ob die Regierung geneigt sei, zur Verhinderung der Abreise auf die Unternehmer einzuwirken, konnte der Minister keine feste Zusage machen. Dasselbe seien Pläne nach dieser Richtung vorhanden.

Immerhin wurden Versammlungen statt, die gegen das Verbot der Abreise einlegten. Auch sammelte man Unterschriften zu einer Eingabe an die Regierung.

Eine andere Stellung zu der Frage nimmt der Teil der niederländischen Presse ein, der es für notwendig hält, gegen den Metallarbeiterverband zu werden, nach England abzuweichen, behaupteten Härtter wie der Telegraph und das Tageblatt für Südholand, dies sei ein Verstoß gegen ein gemeinsames Einverständnis zwischen der niederländischen und der deutschen Regierung. Die sozialdemokratische Regierung habe nichts dagegen, daß Metallarbeiter nach Deutschland geschickt würden, daß man ihnen sage, in Berlin könnten sie in Fabriken für Kriegsbedarf bis zu 75 % die Woche verdienen und für Kost und Wohnung seien nur 20 % anzubringen. So soll der Neue Arbeiterzeitung Gemeint berichtet haben. Was wird erwartet müssen, wie die Sache verläuft.

Norwegen.

Vorungen nach England. Wie der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (Nr. 980 vom 8. Dezember) aus Kopenhagen berichtet wird, sind in der großen norwegischen Waffenfabrik Kongsborg die Arbeiter in eine Lohnbewegung getreten. Sie verlangen höheren Stundenlohn und längere Arbeitszeit. Die Direktion verhandelte mit den Arbeitern. Englische Werber nutzten die Gelegenheit aus, indem sie die Arbeiter mit glänzenden Versprechungen nach England lockten. Die Direktion erklärte, jeder Arbeiter, der jetzt nach England reise, könne nie wieder auf Anstellung rechnen.

Schweden.

Eine Warnung vor ausländischen Werbern erläßt Metallarbeitern in seiner Nr. 47. Drei schwedische Metallarbeiter sind kürzlich aus einem Betriebe in der Nähe von Glasgow zurückgekehrt, der der Britisch Aluminium Co. gehört. Einer von ihnen teilte dem Göttinger sozialdemokratischen Blatte Ny Tyd seine Erfahrungen mit. Danach hatte der schwedische Kollege vorher eine gutbezahlte Stellung in Berlin gehabt, ebenso wie viele andere schwedische Kollegen. Dort machte sich im September ein Norweger namens Hegland an sie heran und erbot sich, ihnen in England Arbeit zu verschaffen. Sieben Schweden und drei Norweger gingen darauf ein. Sie reisten von Bergen nach Newcastle und von dort nach einem kleinen schottischen Orte namens Kinlochleven, wo sie arbeiten sollten. Dort trafen nach und nach etwa weitere 70 skandinavische Arbeiter ein. Sie erhielten wöchentlich 28 Schilling, von denen 18 für Kost und Unterkunft einbehalten wurden. Die Kost war unzureichend und die Unterkunft gleich einem Gefängnis. Sie befanden sich beständig unter Militär- oder Polizeibewachung. In der Abtheilung, wo der Gewächsmann arbeitete, befanden sich drei Polizisten und vor der Fabrik zwanzig Soldaten mit geladenem Gewehr und aufgespitztem Seitengewehr. Die ausländischen Arbeiter durften sich nur auf einem eng begrenzten Raume bewegen. Überschritten sie diesen, so setzten sie sich sofortiger Verhaftung aus. Ein Schwede, der sich weigerte, eine lebensgefährliche Arbeit auszuführen, erhielt einen Monat Gefängnis. Darauf sollte ein Norweger jene Arbeit ausführen. Als der sich ebenfalls weigerte, erhielt er drei Monate. Für Überstunden und Sonntagsarbeit gab es keinen Zuschlag. Die Skandinavier verlangten schließlich, man solle sie heimreisen lassen. Das wurde ihnen verweigert. Nachdem der Gewächsmann des Göttinger Blattes sechs Wochen ausgehalten hatte, beschloß er mit einigen anderen, um jeden Preis davongzugehen. 27 Mann hoch reisten sie auf einem Boote nach Glasgow. Dort wurden sie von der Polizei angehalten. Es gelang ihnen jedoch, sich mit dem schwedischen Konsul in Verbindung zu setzen, der ihnen nach Newcastle weiterhalf. Auch dort bedurften sie der Hilfe des schwedischen Konsuls. Der Berichtstatter und zwei andere Kollegen brachte er als Heizer auf einem schwedischen Schiffe unter, als Jahrgäste hätten sie nicht abreißen dürfen. Der Konsul, ein Schwede von Geburt, versprach, auch den übrigen Gelegenheit zur Heimreise verschaffen zu wollen. Allenfalls, wo die Polizei sie anhielt, nahm sie von ihnen Fingerabdrücke. Ein Skandinavier, der versuchte, von Kinlochleven zu Fuß nach der Küste zu wandern, verschwand spurlos. Das Gerücht ging um, er sei für einen Spion gehalten und verhaftet worden, weil er in Ermanglung einer Landkarte seinen Weg auf ein Stück Papier gezeichnet hatte. An dem Tage, wo die 27 sich davonmachten, waren erst wieder neun frische Schweden angekommen, die von einem norwegischen Werber in Stockholm angenommen worden waren.

Nette Zustände in dem „freien“ Großbritannien!

Eingegangene Druckchriften

Englisch-deutsche Gegensätze — Krieg und Internationale. Von W. Meer. (Sozialistische Dokumente des Weltkriegs, zweites Heft. Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkrieg, mit kurzen geschichtlichen und weltpolitischen Einleitungen.) 1915, Verlag der Internationalen Korrespondenz (A. Baummeister), Berlin-Karlshorst, 16 Seiten. Preis 10 S. — Besteht aus folgenden Abschnitten: III. Englisch-deutsche Gegensätze. 1. Die ersten Äußerungen. 2. Der wirtschaftliche Wettbewerb. 3. Weltpolitische Spannungen. IV. Krieg und Internationale. 1. Internationaler Gedanke und Friede. 2. Die zweite Internationale.

Hergen im Kriege. Unter diesem Namen ist als Einbandband der Vorwärts-Bibliothek eine Sammlung guter Schilderungen und Geschichten vom Kriege erschienen. Wir brauchen bringen Bücher, mit denen sich dem andrängenden Schwall einer Kriegsliteratur entgegenwirken läßt. Hier ist nun ein solches Buch zur Abwehr. Hervorragende Dichter vereint es: Von Deutschen Villenon, Fontane, Schönrich-Carolath, E. v. Bergmann, Nabel; von Franzosen und Belgiern Jola, Maupassant, Lemonnier; von Russen Tolstoi, Garschin, Turgenjew; endlich den Amerikaner Walt Whitman. Das Buch geht darauf aus, den Menschen zu zeigen, der das schwere Schicksal Krieg zu bestehen hat. Ausgewählt und zusammengestellt hat den Inhalt Genosse Franz Diederich. Ein weiterer Band wird diesem ersten schnell folgen. Die gute Ausstattung und die Wohlfeilheit der Vorwärts-Bibliothek (gebunden 1 M.) ist bekannt. Auch dieser neue Band eignet sich gut zu Geschenkzwecken.

Krieg und Geschlechtskrankheiten. Ein Wort an die Frauen von Schwester Lydia Ruchland. Leipzig 1915, Kommissionsverlag der Leipziger Buchdruckerei W. G., Abteilung Buchhandlung, 24 Seiten. Preis 20 S. — Ein erstes Buchlein, dem man die weiteste Verbreitung wünschen muß. Mit stillen Ermahnungen zu geschlechtlicher Enthaltsamkeit hält die Verfasserin sich nicht auf; sie nimmt die Menschen, wie sie infolge der Verhältnisse und der mangelhaften Aufklärung geworden sind. Sie klärt die Leserinnen über die vielen geschlechtlichen Anreize auf, denen die ins Feld gerückten Männer ausgesetzt sind und legt ihnen auseinander, daß trotz der ernsthaften Bestrebungen der Seeresleitung die Ansteckungsgefahr nicht ganz beseitigt werden kann. Ferner belehrt sie über die ersten Anzeichen der Syphilis und über die Notwendigkeit, sofort alle Scham zu überwinden und die Hilfe des Arztes zu suchen. Auch weist sie auf die furchtbaren Folgen für sich selbst und für die Nachkommenschaft hin, wenn nicht gleich ernsthaft zugegriffen wird. Möchten diese Belehrungen weite Verbreitung finden und befolgt werden.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.) Samstag, 18. Dezember: Apolda, Vorwärts, halb 9 Uhr. Pösta (Heiligsbrunn) Jacobst, 8 Uhr. Samstag, 25. Dezember: Augsburg, Gesellschaftsbrauerei, 8. Deimars, Volkshaus, halb 9 Uhr. Sonntag, 26. Dezember: Hannover (Seigsm.) Gewerlich, 10. Dienstag, 28. Dezember: Hannover (Bauisch) Gewerlich, 7/9. Gestorben. Marie Wolf, Metall-einlegern, 54 J., Lungenerkrankheit. — Josef Morgenländer, Maschinenarbeiter, 47 Jahre, Lungenerkrankheit. Leipzig, Paul Löwe, Elektromonteur, 27 Jahre, Herzlähmung. — Emil Jander, Schmied, 56 Jahre. Kolowatsch-Potsdam. Wilhelm Kinkelmann (64). — Emil Schomburg (65). — Wilhelm Köhler (66). — Schleis, Paul Fischer, Formler, 36 Jahre, Operation. Zuttlingen. Rudolf Göttsmann, Hilfsarbeiter, 23 J., Lungenerkrankheit.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziselreure Berlin C. 54, Uminstrasse 83/85. aa

Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rotehrabe 16 B.